

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/25

4. Februar 1977

Die CDU/CSU-Fraktion verwildert

Welchen Weg geht Dr. Kohl als Fraktionsvorsitzender ?

Von Bruno Friedrich MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 50 Zeilen

Paul Nevermann wird 75

Ein Hamburger Sozialdemokrat von Format

Von Hans-Ulrich Klase
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Seite 3 und 4 / 48 Zeilen

Biedenkopf und die "reine Lehre"

CDU-Ideologen übersehen funktionierendes Investitions-
meldesystem

Von Peter Conradi MdB
Mitglied des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und
Städtebau

Seite 5 / 29 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach 120 408
Pressehaus 7, Zimmer 217-224
Telefon: 31 80 38 39
Telex: 03 86 648-48 ppon d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die CDU/CSU-Fraktion verwildert

Welchen Weg geht Dr. Kohl als Fraktionsvorsitzender ?

Von Bruno Friedrich MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Vorgang ist nicht neu. Als Prof. Karl Carstens im Mai 1973 den Vorsitz der Unions-Fraktion übernahm, war bei allen auch bis dahin gültigen harten politischen Gegensätzen ein Abbröckeln der bis dahin geschriebenen und ungeschriebenen gültigen parlamentarischen Umgangsformen - Kennzeichen für Demokraten, die sich menschlich respektieren - die ständige Begleitscheinung dieses Führungswechsels in der CDU/CSU.

Der gewollt diffamierende Angriff gegen den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Herbert Wehner, bewußt verletzend und deshalb menschlich abstoßend, gezielt gesucht und zynisch ständig wiederholt, dieser Debatte um Debatte gegen Herbert Wehner geplante Auftritt bestellter Pharisäer der christlich firmierten Salzstreuer für offen zu haltende Wunden, war eine der widerlichsten Erscheinungen des VII. Deutschen Bundestages. In der VIII. Periode, dies ist nach der Debatte am Donnerstag Gewißheit, soll die Methode verfeinert, gesteigert und das bisher Erlebte übertraffen werden.

Offensichtlich hat die CDU/CSU-Fraktion ihren Abgeordneten noch nicht vermittelt, was für eine Liste die linke Seite des Hauses hätte aufmachen können und wie unmöglich ein demokratischer Konsens im Deutschen Bundestag nach 1949 geworden wäre, hätte die linke Seite das Verhalten von Abgeordneten der rechten Seite von 1933 und bis 1945 zum ständigen Mittel des persönlichen Angriffs erhoben. Und es ist keine Nebensache, daß Herbert Wehner zu den Deutschen gehörte, die der von den Rechten in den Sattel gehobene Hitler vor die Wahl stellte, im KZ zu Tode gequält zu werden oder aus dem Vaterland zu fliehen. Soll diese Auflistung der Schuld

der konservativen Abgeordneten in Weimar und unter Hitler nun nachgeholt werden? Es wäre schlimm.

Jedenfalls: Der CDU-Abgeordnete Helmut Sauer, geboren im Dezember 1945, erhielt am Donnerstag für einen gegen Herbert Wehner gerichteten Zwischenruf eine Rüge. Daraufhin meldete er sich am Ende der Debatte zu einer persönlichen Erklärung, deren Absicht und Ziel darin bestand, die eine Rüge auslösende Behauptung zu bekräftigen und zu erneuern.

Nach § 40 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages darf "der Ordnungsruf und der Anlaß hierzu" von den "nachfolgenden Rednern nicht behandelt werden". Der Kommentar Ritzel/Bücher zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages erklärt nicht nur, daß dies auch für den Betroffenen selbst zu gelten habe, er hebt vor allem hervor, daß dies bereits im Kaiserlichen Reichstag die selbstverständliche Regel gewesen sei.

Was am Donnerstag geschah, war nicht nur eine persönliche Entgleisung des jungen CDU-Abgeordneten Sauer, der, durchaus kein Neuling dieser Periode, sich mit Jung-Siegfried-Stolz auch von Kohl und Strauß durch Beifall feiern ließ. Dies festzuhalten ist wichtig; denn es gab in den ersten Stunden der ersten Debatte dieses Bundestages im Dezember 1976 durchaus Ansätze Dr. Kohls, im parlamentarischen Umgang zu differenzieren.

Dies ist nun hinweggefegt. Vorbei. Santhofen hat, auf dem Umweg über Kreuth, in der CDU/CSU gesiegt. Die totale Konfliktstrategie der Union soll die bisher ausgeparten Bereiche, Bundeswehr und Parlament, voll erfassen. Kohl hat sich am Donnerstag dem Sachzwang dieser totalen Konfliktstrategie gebeugt. Das ist die bisher schlimmste Neuigkeit für das neugewählte Parlament im neuen Jahr. (-/4.2.1977/va/10)

+ + +

Paul Nevermann wird 75

Ein Hamburger Sozialdemokrat von Format

Von Hans-Ulrich Klose

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Ein Hamburger Sozialdemokrat von Format, Bürgermeister a.D. Dr. Paul Nevermann, feiert am 5. Februar seinen 75. Geburtstag. Im Namen seiner Heimatstadt, für deren Wohl er fast 20 Jahre im Senat gearbeitet hat, möchte ich ihm auf diesem Wege sehr herzlich gratulieren.

Es genügt ein Blick auf den Lebenslauf dieses energischen und engagierten Mannes, um sehr deutlich zu sehen, daß dieser Lebensweg bis heute der politische Weg eines Hamburgers ist, der seinen Prinzipien immer treu blieb. Gerade deshalb auch fällt es schwer, in kurzen Worten zu würdigen, wie sehr sich Paul Nevermann seit Jahrzehnten in vielfältiger Weise für die Belange seiner Mitmenschen, für Demokratie und Rechtsstaat eingesetzt hat.

Ob als noch junger Vorsitzender eines Lehrlingenausschusses, ob als Rechtsanwalt, Bürgerrechtsabgeordneter, Mitglied und Präsident des Senats oder ob in seiner heutigen Tätigkeit - Paul Nevermann, der Sohn eines Arbeiters aus Altona, ist auf dem politischen Weg geblieben, den er schon in seiner Jugend als gut und richtig erkannt hat. Er hat sich von diesem Weg auch durch die Verfolgungen des NS-Regimes nicht abbringen lassen.

Vor allem auch nach 1945, als es in unserem Lande nicht nur galt, einen demokratischen, sozialen Rechtsstaat aufzubauen, sondern auch die schwer getroffene Bevölkerung mit ganz materiellen Dingen, wie Wohnungen

und Arbeitsplätzen zu versorgen, war Paul Nevermann einer der Ersten, der sich ohne zu zögern, in den Dienst der Stadt Hamburg stellte, er hat sich dem Aufbau Hamburgs von Anfang an verschrieben.

Er hat selbst in harter körperlicher Arbeit geholfen, Trümmerhaufen zu beseitigen. Er hat sich unermüdlich eingesetzt, um Hamburg wiedererstehen zu lassen. Er hat die Schicksalsfrage - entweder im Wiederaufbau mit geradezu lebensnotwendigem Zwang zum Erfolg zu arbeiten, oder aber unser Land und insbesondere seine Städte verkümmern zu lassen - zur zentralen Frage seiner Arbeit gemacht.

Paul Nevermann hat einen sehr wichtigen Abschnitt der Hamburgischen Geschichte mitgeprägt. Seine politische Aufgabe sah und sieht er vor allem darin, die konstruktive Lösung in einem Kompromiß zu finden und dort, wo Kompromisse nicht möglich sind, auch den Mut zur bisweilen unpopulären Entscheidung aufzubringen. Das wesentliche Element dieser Politik ist und bleibt für ihn das Gespräch mit allen Bevölkerungsgruppen in seiner Heimatstadt, mit jenen, die heute auf seine Arbeit vertrauen und mit vielen seiner Weggenossen. Seine Freunde nennen ihn heute liebevoll und anerkennend auch "Mieten-Paule" - das ist kennzeichnend für die Art dieses Mannes, der selbst noch in einem Alter, in dem andere sich zur Ruhe setzen, sich als Präsident des Deutschen Mieterbundes der Lösung der Probleme verschrieben hat, die er aus persönlicher Erfahrung kennt, und die das Leben vieler seiner Mitbürger auch heute beschwert.

In seiner Heimatstadt Hamburg und bei ihren Mitbürgern wird der Einsatz Paul Nevermanns sobald nicht in Vergessenheit geraten. Hamburg wünscht ihm für das neue Lebensjahr von Herzen Glück und Erfolg sowie viel Freude an seiner Arbeit.

(-/4.2.1977/va/1a)

+ + +

Biedenkopf und die "reine Lehre"

CDU-Ideologen übersehen funktionierendes Investitionsmeldesystem

Von Peter Conradi MdB

Mitglied des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Wieder einmal geisterten bei einer wirtschaftspolitischen Debatte im Bundestag die Investitionsmeldestellen durch den Raum: der Abgeordnete Prof. Dr. Biedenkopf beschwor die Gefahr, die Anmeldung von Investitionen würde zu einem "gigantischen Investitionskartell" führen. Bei der ideologisch bedingten Realitätsferne, mit der Biedenkopf und andere selbsternannte Kreuzritter der Marktwirtschaft solche Debatten führen, ist es nicht verwunderlich, daß ein bei uns seit langer Zeit bestehendes und gut funktionierendes Investitionsmeldesystem übersehen wird.

Nach dem Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit (BauStatG) werden alle geplanten Bauinvestitionen, vom Dachstockausbau eines Reihenhauses bis zum Bürohochhaus der Großbank mit dem Baugenehmigungsantrag erfaßt und mit Angaben über Lage, Art, Größe, Ausstattung, Baukosten und Bauherren der Gebäude festgehalten. Beim Baubeginn werden diese Investitionen ein zweites Mal, bei der Fertigstellung ein drittes Mal gemeldet und erfaßt. Für Tiefbaumaßnahmen mit einem Auftragswert von mehr als 25.000 DM gilt das Gleiche. Die für Baugenehmigungen und Bauaufsicht zuständigen Behörden erheben die Investitionsdaten und melden sie den statistischen Ämtern, die diese Zahlen regelmäßig veröffentlichen. Die Folge: Bei keinem Produktionszweig haben die Wirtschaftspolitiker so präzise Zahlen über geplante, begonnene und fertiggestellte Investitionen. Das Gesetz ist am 20. August 1960 verkündet worden, es trägt die Unterschrift Ludwig Erhards.

Hätten die Marktwirtschafts-Ideologen Recht, dann wäre die Marktwirtschaft längst beseitigt, nach Professor Biedenkopf hätten wir ein "gigantisches Investitionskartell Bau". Das Gegenteil ist der Fall: Im Baubereich gibt es wesentlich mehr Marktsteuerung als beispielsweise in den Bereichen Kohle und Stahl, Großbanken und Energieversorgung oder gar in der Landwirtschaft. Aber Tatsachen scheinen keine Bedeutung zu haben, wenn es um die "reine Lehre" geht, für die Biedenkopf und andere in den ideologischen Krieg ziehen.

(-/4.2.1977/va/10)